

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amtliches Publikationsorgan

90 Rp.

AKTUELL

Viermal Ja-Parole der Schweizer Arbeitgeber

Zürich (AP) Der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen hat für die Eidgenössischen Abstimmungen vom kommenden 12. März viermal die Ja-Parole herausgegeben. Die Ausgabenbremse sei ein wichtiges Instrument zur Verstärkung einer sparsamen Haushaltspolitik auf Bundesebene, hiess es gestern in einer Mitteilung des Verbandes.

Für vernetzte Strategie in sozialer Entwicklung

Bern (AP) Die Arbeitsgemeinschaft der Schweizer Hilfswerke hat im Hinblick auf den in einem Monat beginnenden Weltsozialgipfel in Kopenhagen eine vernetzte und durchdachte Strategie für die soziale Entwicklung der Schweiz gefordert. Die soziale Misere werde zwar allseits beklagt, aber konkrete Massnahmen seien keine in Aussicht, kritisierten die Hilfswerke. Damit werde die soziale Stabilität aufs Spiel gesetzt. Die soziale Entwicklung müsse auch in der Schweiz ein prioritäres Thema werden, forderte Carlo Knöpfel von der Caritas gestern an einer Pressekonferenz in Bern.

Bemühungen um Entführte fehlgeschlagen

Bern (AP) Bemühungen des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA) um die Freilassung der in Sierra Leone entführten Schweizer sind vorerst fehlgeschlagen. Die Mission eines EDA-Diplomaten in dem westafrikanischen Staat war erfolglos, wie ein EDA-Pressesprecher gestern auf Anfrage sagte.

Der VW-Absatz kam 1994 wieder auf Touren

(AP) Volkswagen kommt wieder auf Touren: 1994 lieferte der Automobilkonzern 6,4 Prozent mehr Fahrzeuge an Kunden aus als im Vorjahr. Der Absatz stieg von 3 096 000 auf 3 294 000 Autos, wie VW gestern in Wolfsburg mitteilte. Ein deutliches Absatzplus erzielte der Volkswagenkonzern auf den internationalen Märkten. In der Region Nordamerika stieg der Absatz um 20,2 Prozent auf 297 000 Fahrzeuge. In Japan schnellten die Auslieferungen sogar um 40,6 Prozent auf 33 800 Autos nach oben.

Einladung zur Geburtstagsfeier

(pafl) - Alle Einwohnerinnen und Einwohner Liechtensteins sind herzlich eingeladen, an der Geburtstagsfeier S. D. des Landesfürsten am 14. Februar teilzunehmen. Der 50. Geburtstag S. D. des Fürsten wird mit einer Messe in der Pfarrkirche und einem Empfang im Vaduzer Saal begangen.

Die Messe in der Pfarrkirche Vaduz beginnt um 18 Uhr. Sie wird von Landesbischof Wolfgang Haas zelebriert und vom Kirchenchor St. Florian Vaduz musikalisch umrahmt. Es werden Plätze für die Öffentlichkeit freigehalten.

Anschliessend an die Messe folgt um 19.15 Uhr der öffentliche Empfang mit Apéro im Vaduzer Saal. Regierungschef Dr. Mario Frick wird im Verlaufe dieses Empfanges Gratulationsworte an S. D. den Landesfürsten richten.

Der Staatsgerichtshof tritt auf Eschner Wahlbeschwerde ein

Am 15. Februar 1995 soll im Rahmen einer öffentlichen Sitzung weiterverhandelt werden - Schaan bestellt Vizevorsteher am Mittwoch

(s.e.) - Die Entscheidung um die definitive Mandatsverteilung im Gemeinderat Eschen steht nach wie vor aus: wie aus einer gestern abend vom Presseamt veröffentlichten Mitteilung hervorgeht, hat der Staatsgerichtshof in der gestrigen nicht-öffentlichen Sitzung beschlossen, auf die Wahlbeschwerde der **FBP-Ortsgruppe Eschen einzutreten. Eine öffentliche Verhandlung in dieser Sache wurde vom Staatsgerichtshof auf Mittwoch, 15. Februar 1995 festgesetzt.**

Die Eschner Wahlbeschwerde wurde von der Ortsgruppe der Fortschrittlichen Bürgerpartei eingebracht und von der Regierung gemäss den Bestimmungen des Volksrechtgesetzes an den Staatsgerichtshof weitergeleitet.

Strittiger Punkt ist ein einziger Wahlzettel, der von der Wahlkommission als gültig erklärt worden ist, von den Beschwerdeführern hingegen als ungültig betrachtet wird.

Die Sachlage ist brisant: wird der Wahlzettel tatsächlich als ungültig erklärt, kommt es aufgrund des äusserst knappen Ergebnisses zu einer Korrektur bei der Mandatsverteilung. Die VU müsste zugunsten der FBP einen Sitz abtreten, würde mit sieben Mandaten (inklusive Vorsteher) gegenüber den sechs Mandaten der FBP aber trotzdem die Mehrheit im Gemeinderat behalten. Der Staatsgerichtshof hat sich gestern in einer nicht-öffentlichen Sitzung geeinigt, auf die Wahlbeschwerde einzutreten und auf Mittwoch, 15. Februar 1995, eine öffentliche Sitzung anberaunt.

Der Gemeinderat von Schaan wird erstmals morgen Mittwoch um 17 Uhr zu

Vorsteher und Vizevorsteher		
Vaduz	Bürgermeister Vizebürgermeister	lic. oec. Karlheinz Ospelt (VU) Moritz Gassner (FBP)
Balzers	Vorsteher Vizevorsteher	Othmar Vogt (VU) Basil Vogt (VU)
Planken	Vorsteher Vizevorsteher	Eugen Beck (FBP) Lorenz Nägele (FBP)
Schaan	Vorsteher Vizevorsteher	Hansjakob Falk (FBP) (noch nicht gewählt)
Triesen	Vorsteher Vizevorsteher	Xaver Hoch (FBP) Franz-Josef Beck (VU)
Triesenberg	Vorsteher Vizevorsteher	Herbert Hilbe (VU) Hans Schädler (VU)
Gamprin	Vorsteher Vizevorsteher	Donath Oehri (VU) Dr. Franz Heeb (FBP)
Mauren	Vorsteher Vizevorsteher	Johannes Kaiser (FBP) Dr. Peter Malin (FBP)
Ruggell	Vorsteher Vizevorsteher	Anton Hoop (VU) Markus Büchel (FBP)
Schellenberg	Vorsteher Vizevorsteher	Walter Kieber (VU) Norman Wohlwend (FBP)
Eschen	Vorsteher und Vizevorsteher sind aufgrund der hängigen Wahlbeschwerde noch nicht vereidigt.	

seiner ersten ordentlichen Sitzung zusammenzutreten. Die Verzögerung hat sich deswegen ergeben, weil die Freie Liste Beschwerde eingelegt hatte, da entgegen den Bestimmungen des Gemeindegesetzes in Schaan keine Restmandatsverteilung durchgeführt wurde.

Die Wahlkommission hat die Mandatsverteilung selbst korrigiert und aufgrund dieser Korrektur musste die Fortschrittliche Bürgerpartei ein Mandat zugunsten der Freien Liste abgeben. Anstelle von Quido Eberle (FBP) wird morgen abend Gemeinderätin Ingrid Kaufmann als

Vertreterin der Freien Liste im Gemeinderat Einsitz nehmen.

Wird eine Frau Vizevorsteherin?

Wie Vorsteher Hansjakob Falk auf Anfrage gegenüber unserer Zeitung erklärte, stehe als wichtigster Traktandenpunkt die Wahl des Vizevorstehers auf der Tagesordnung. Eine Vorentscheidung, wer diese Funktion übernehmen wird, sei allerdings noch nicht gefallen. Aufgrund der neuen Mandatsverteilung im Gemeinderat, in dem keine der drei vertretenen Fraktionen über eine Mehrheit verfügt, wird die Freie Liste die entscheidende Rolle bei der Bestellung des Vizevorstehers spielen.

Diese habe durchblicken lassen, so Vorsteher Hansjakob Falk, dass sie sich für die Wahl einer Frau zur Vizevorsteherin einsetzen werde.

Aufgrund der fristgemäss eingereichten Wahlbeschwerden konnten am vergangenen Freitag die Vizevorsteher von Eschen und Schaan nicht an der Vereidigung teilnehmen. Aufgrund der unklaren rechtlichen Situation und aus Protest gegenüber der verspäteten Information über die Wahlbeschwerde nahm auch der Vorsteher von Eschen, Günther Wohlwend, nicht an der Vereidigung im alten Landtagssaal teil.

Nach Meinung von Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel hätte sich Günther Wohlwend ohne weiteres - wie die übrigen Vorsteher - vereidigen lassen können. Schliesslich sei er im Mehrheitswahlrecht rechtmässig gewählt worden. Nebenstehend eine Übersicht über die am Freitag vereidigten Vorsteher und Vizevorsteher.

Liechtenstein unterzeichnet Übereinkommen zum Minderheitenschutz

Frühjahrssession der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg - Aufnahme Russlands in Staatenorganisation vertagt

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hielt vergangene Woche in Strassburg ihre Frühjahrssession ab. Dabei standen verschiedene bedeutende Traktanden auf der Tagesordnung. Neben dem Beitrittsgesuch Lettlands, der offiziellen Lancierung des Europäischen Naturschutzjahres und der Unterzeichnung des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten prägten die kontrovers geführten Beratungen zur Bioethik-Konvention sowie die Dringlichkeitsdebatte zur Aufnahme Russlands in die Staatenorganisation die ergebnisreiche Woche.

Aus liechtensteinischer Sicht von besonderem Interesse war die Unterzeichnung des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten durch den Ständigen Vertreter des Fürstentums Liechtenstein beim Europarat, Botschafter Dr. Josef Wolf.

Mit diesem Abkommen soll europaweit die Diskriminierung nationaler Minderheiten verhindert und ihre Gleichberechtigung gefördert werden. Zum Auftakt der Frühjahrssession wurde ausserdem Josef Büchel, der als Mitglied der liechtensteinischen Parlamentarierdelegation in Strassburg weilte, turnusgemäss zu einem der 14 Vize-Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung gewählt. Zur liechtensteinischen Parlamentarierdelegation gehörten ebenfalls Dr. Renate Wohlwend und Landtagssekretär Wilfried Kindli.

Kowaljow contra Schirinowski

Angesichts der russischen Militärintervention in Tschetschenien hatten verschiedene Parlamentarier eine Dringlichkeitsdebatte gefordert, in deren Verlauf über die Aussetzung des Aufnahmeverfahrens der Russischen Föderation in den Europarat beraten werden sollte. Während einer Anhörung des russischen Menschenrechtsbeauftragten Sergej Kowaljow zur Lage in Tschetschenien im Vorfeld der Debatte hatte der Ultrationalist Wladimir Schirinowski, der mit

der russischen Delegation als Beobachter an den Beratungen teilnahm, Kowaljow lautstark angepöbelt und ihn als «Lügner» und «Ungeziefer» bezeichnet.

In der Debatte am Donnerstag wurde das Vorgehen Russlands in Tschetschenien als «schwere Verletzung der Menschenrechte» und damit als Verstoss gegen die Grundsätze des Europarates scharf verurteilt.

Zugleich forderten die Abgeordneten der 33 Mitgliedstaaten einen sofortigen Waffenstillstand und die Aufnahme von Verhandlungen zur friedlichen Lösung des Konflikts. In einer Resolution wurde mit grosser Mehrheit beschlossen, die

Beitrittsverhandlungen mit Russland bis auf weiteres einzufrieren. Im Gegensatz zu Lettland, dessen Beitritt als 34. Mitglied von der Parlamentarischen Versammlung einstimmig befürwortet wurde, muss nun Russland weiterhin auf die Aufnahme in die Staatenorganisation warten.

Konvention zur Bioethik

Als sehr umstritten stellte sich die Billigung des Entwurfs einer europäischen Bioethik-Konvention heraus. Nachdem die Vorlage bereits während der letzten Session der Parlamentarischen Versammlung zurückgewiesen worden war,

konnte ihre Weiterleitung an das Ministerkomitee vergangene Woche erst beschlossen werden, als einer der strittigsten Punkte, die Forschung an menschlichen Embryonen, weitgehend ausgeklammert worden war. Restriktiver als ursprünglich geplant regelt die Neufassung ausserdem die Forschung an geistig Behinderten und Kindern.

Die Bioethik-Konvention, deren Verabschiedung durch das Ministerkomitee vor Ende dieses Jahres geplant ist, soll erstmals einen international verbindlichen Verhaltenskodex für den Umgang mit Gentechnik und biomedizinischer Forschung definieren.



Botschafter Dr. Josef Wolf (links), Ständiger Vertreter Liechtensteins beim Europarat, bei der Unterzeichnung des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten. Neben ihm der Generalsekretär des Europarates, Daniel Tarschys; im Hintergrund (von links): Portugals Präsident Mario Soares, der zyprische Aussenminister Alecos P. Michaelides, Miguel Angel Martinez (Präsident der Parlamentarischen Versammlung) und der zyprische Botschafter Dr. Andrestinos N. Papadopoulos.

(Bild: Europarat)